



Auch in Flawil suchten profitorientierte Spitalkonzerne nach neuen Renditemöglichkeiten.

Der Warnruf des VPOD wirkte

Die Gefahr, dass das Spital Flawil privatisiert werden könnte, scheint gebannt. Auch dank den Gewerkschaften.

Bei der Neufassung der Spitalstrategie im Kanton St. Gallen stand insbesondere das Spital Flawil im Fokus. Die Gemeinde befürchtete eine baldige Schliessung. Deshalb sah sie sich nach möglichen Alternativen um. Anfangs Oktober wurden Gespräche mit einem Privatanbieter namens Swiss Medical Network ruckbar. Dieser bekundete Interesse an einer Übernahme des Spitals. Anders, als es der Name suggeriert, handelt es sich dabei nicht um ein Ärztenetzwerk, sondern um den Westschweizer Spitalkonzern Genolier, der heute als Investmentfirma Aegis Victoria firmiert. Im Verwaltungsrat findet man etwa den ehemaligen CVP-Politiker Raymond Loretan.

GAV kündigen, Löhne senken

Genolier geht rucklos vor, wenn es um seine Interessen geht. Dies zeigte sich beim Neuenburger Privatspital La Providence. Genolier wollte es im Jahr 2012 übernehmen und dabei die Arbeitsbedingungen der Spitalangestellten verschlechtern. Motto: weniger Lohn, mehr Profit. Man kündigte den Gesamtarbeitsvertrag Sante 21, worauf ein Teil der Spitalangestellten in den Streik trat. Genolier reagierte statt mit Gesprächen mit der fristlosen Entlassung der Betroffenen. Nur die rabiatesten Arbeitgeber gehen so repressiv vor. Der VPOD focht die Kündigungen als missbräuchlich an. Daraus entwickelte sich ein langer Rechtsstreit, der heute noch nicht abgeschlossen ist. Denn es geht um Grundsatzfragen des Streikrechts.

Im September schützte das Bundesgericht die Entlassungen in Neuenburg, weil der Streik „unverhältnismässig“ gewesen sei. Der Gewerkschaftsbund hat dieses Urteil des höchsten Gerichts als skandalös kritisiert. Gewöhnlich gilt nämlich, dass ein Streik unter vier Bedingungen dann zulässig ist: wenn er sich auf die Arbeitsbedingungen bezieht, wenn er von einer Gewerkschaft mitgetragen wird, wenn eine Konfliktlösung mit Verhandlungen gesucht wurde und gescheitert ist und wenn er die Existenz des Unternehmens nicht in Frage stellt. Nun gehe aber das Bundesgericht plötzlich viel weiter. Neu könnten selbst rein defensive Streiks für illegal erklärt werden, wenn die RichterInnen zum Schluss gelangen, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sei zumutbar. „Damit wäre das Streikrecht faktisch ausgehebelt“, so der Gewerkschaftsbund. Darum hat der VPOD das Urteil nun an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg weitergezogen. Der Fall Genolier zeigt, was den Angestellten blüht, wenn ein profitorientierter Gesundheitskonzern ans Ruder kommt. Die Gefahr, dass dies in Flawil so weit kommen könnte, scheint nun aber gebannt. Der St. Galler Regierungsrat hat den Verkauf des Spitals an Private geprüft. Er hätte sich dies an sich durchaus vorstellen können, hat sich dann aber dagegen entschieden. Er führt dabei rein gesundheitspolitische Gründe ins Feld. So hätte ein Verkauf neue Patientenströme mit negativen Konsequenzen für die anderen Spitalstandorte ausgelöst. Die Kapazitäten in der stationären Versorgung wären nicht nachhaltig bereinigt, sondern lediglich von einer öffentlichen in eine private Struktur verschoben worden. Und das sei nicht zielführend.

Sorge um die Interessen der Spitalangestellten, die bei einem Verkauf an Private auf der Strecke bleiben könnten, äussert die Regierung nicht. Aber es ist höchstwahrscheinlich, dass ihr das rabiate Verhalten der Genolier-Manager durchaus bekannt war und dies mit ein Grund ist, weshalb Flawil nicht an Private verscherbelt werden soll. Insofern hat der Warnruf des VPOD durchaus Wirkung erzielt.

Ralph Hug

Links SG, 1.11.2019.

Personen > Hug Ralph. Privatisierung. Spital Flawil. Links SG, 2019-11-01